

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Ägypten stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In Ägypten geht der frühere Armeechef Abdel Fattah al-Sisi seit Jahren gegen Kritiker und Oppositionelle vor. Die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ist in dem Land stark eingeschränkt und es kommt immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen von politisch aktiven Menschen. Die Polizei geht mit exzessiver Gewalt gegen Regierungskritiker und führende Persönlichkeiten in der Opposition vor. Immer wieder wird von Folter und sexuellem Missbrauch in Hafteinrichtungen berichtet und von Todesfällen von festgenommenen Zivilisten. Oft verschwinden politische Häftlinge nach ihrer Festnahme oder werden in unfairen Gerichtsverfahren zu langen Haftstrafen oder Todesurteilen verurteilt. Die Zahl der verhängten Todesurteile ist laut Amnesty International um mehr als 75 Prozent von 402 (2017) auf mindestens 717 im vergangenen Jahr gestiegen.

Ägypten ist zudem offiziell Teil der von Saudi-Arabien geführten Koalition gegen die Huthi-Rebellen im Jemen. Einheiten aus Ägypten waren neben Einheiten aus Saudi-Arabien sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten an der Seeblockade gegen den Jemen und an Militäroperationen im Jemen wie an Bombardements beteiligt. Seit Beginn des Jemenkrieges in 2015 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte für Ägypten in Höhe von über einer Milliarde Euro genehmigt; zuletzt eine Fregatte vom Typ Meko 200. Neben dem nun genehmigten Schiff im Wert von rund 500 Millionen Euro soll die ägyptische Marine in den kommenden Jahren noch eine weitere Fregatte des gleichen Typs aus Deutschland erhalten. Die Bundesregierung will die Lieferung dieser unter anderem mit Lenkflugkörpern und Torpedos ausgestatteten Fregatten der thyssenkrupp AG mit einem Gesamtwert von 2,4 Milliarden Euro mit Exportkreditgarantien (Hermesbürgschaften) absichern.

Mit der neuen Genehmigung bleibt die Bundesregierung bei ihrer Linie, auch Waffenlieferungen an autoritär agierende Regierungen zu genehmigen. Im Koalitionsvertrag hatten sich dagegen CDU, CSU und SPD verpflichtet, keine Waffen mehr an Staaten zu liefern, die am Jemen-Konflikt beteiligt sind. „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Ägypten mehr zu erteilen sowie umgehend alle diesbezüglich bereits erteilten Genehmigungen unverzüglich zu widerrufen.

Berlin, den 14. Mai 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion